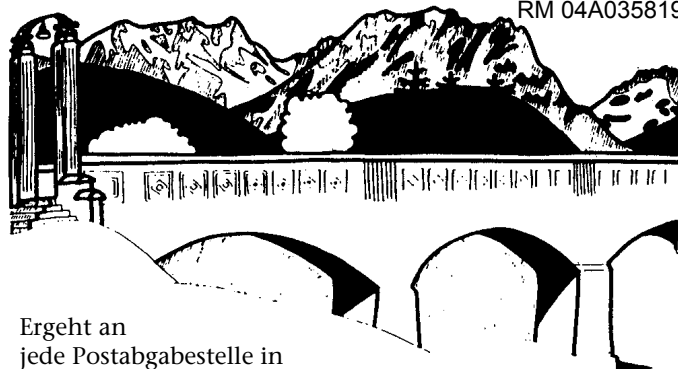


TROFAIACHER NACHRICHTEN

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben
Nr 1, Februar 2011



RM 04A035819

Ergeht an
jede Postabgabestelle in
Trofaiach, Gai, Hafning

Verlagspostamt 8160 Weiz

51 zu 49 Ausverkauf bei den Stadtwerken

51 zu 49 steht es ab sofort bei den Trofaiacher Stadtwerken. Die Stadtwerke Judenburg AG übernehmen 49 Prozent der Trofaiacher Stadtwerke. Die Gemeinde bekommt 2,5 Millionen Euro. Das hat der Gemeinderat mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen. Einzig die KPÖ stimmte dagegen.

Vom Kaufpreis werden 0,5 Millionen als Eigenkapitalstärkung in die Stadtwerke fließen, der Rest geht in den außerordentlichen Gemeindehaushalt. Mit der Teilübernahme verbunden sind all jene Immobilien, die sich im Besitz der Stadtwerke befinden: das sind die Aufbahnhalle und das Rathaus. Auch hier sind ab sofort die Judenburger Hälfte-Eigentümer. Mitverkauft wurden 49 Prozent des gesamten Gebührenhaushaltes der Stadtge-

meinde. Wasser, Müllabfuhr und Kanal wurden nämlich bereits im Jahr 2008 von der Stadtgemeinde an die Stadtwerke mittels eines Pachtvertrages übertragen. Das heißt: in der Praxis gehören von jedem Euro, den die Trofaiacher Stadtwerke verdienen, 49 Cent der Gemeinde Judenburg. Dabei handelt es sich nicht um eine Kooperation bzw. strategische Partnerschaft, wie die Trofaiacher SPÖ den Bürgerinnen und Bürgern weismachen will,

sondern um einen Ausverkauf.

Strategische Partnerschaft schaut anders aus

Bei einer echten Kooperation würden auch die Trofaiacher Stadtwerke Anteile an den Judenburger Stadtwerken erwerben bzw. beide Partner vollständig unabhängig bleiben und neue, gemeinsame Geschäftsfelder erschließen.

Die SPÖ-Trofaiach und Bürgermeister Abl behaupten, gemeinsam würden die beiden starken Partner zum zweitgrößten kommunalen Unternehmen in der Steiermark. **Wahr ist**, daß die Trofaiacher Stadtwerke quasi zu einem „Wurmfortsatz“ der Judenburger werden. Wäh-

rend Judenburg 42 Millionen Euro Jahresumsatz schreibt, weisen die Trofaiacher ca. 8 Millionen aus.

Die SPÖ-Trofaiach und Bürgermeister Abl behaupten, die Stadtwerke Judenburg würden 3 Millionen Euro für die 49-prozentige Beteiligung zahlen. **Wahr ist**, daß die Stadtgemeinde Trofaiach lediglich 2,5 Millionen erhält.

Die SPÖ-Trofaiach und Bürgermeister Abl behaupten, dieser Betrag würde keinesfalls zum „Stopfen von Löchern im Gemeindebudget“ herangezogen. **Wahr ist**, daß 2 Millionen dem außerordentlichen Haushalt zugeführt werden, um Gemeindestraßen sanieren zu können und Darlehen zu tilgen. In einem Teilbeschluß heißt es: „Aufgrund der derzeit angespannten finanziellen Situation der Stadtgemeinde Trofaiach ist der Bürgermeister mit dem Ersuchen an die Stadtwerke Trofaiach herangetreten, für einen Teil der gestundeten Pachtzahlung die Fristigkeit zu ändern.“ Dabei handelt es sich um den Pachtzins aus dem oben erwähnten Pachtvertrag bezüglich der Übertragung von Wasser, Müllabfuhr und Kanal von der Gemeinde an die

Fortsetzung umseitig



49 Prozent unseres Rathauses gehören jetzt der Stadtgemeinde Judenburg.

Fortsetzung von Seite 1

Stadtwerke. Nun wird ein Teil, genau 1,64 Millionen Euro, der erst am Ende der Laufzeit fällig gewesenem Pacht an die Gemeinde vorzeitig ausgeschüttet. Das heißt: obwohl während der letzten Jahre das Gemeindeeigentum – Altenheim, Gemeindewohnungen, Hauptplatz, Teile des Kehrwaldes und jetzt die Hälfte der Stadtwerke – verkauft wurden, fehlt der Gemeinde hinten und vorne das Geld.

Die SPÖ-Trofaiach und Bürgermeister Abl behaupten, daß es im Zuge der Teilübernahme der Stadtwerke zu einer Erhöhung der Anzahl der Beschäftigten komme. **Wahr ist**, daß während der letzten Jahre der Beschäftigtenstand um rund 30 Personen abgebaut wurde. Das heißt: es wird lange dauern bis dieser Personalstand der seinerzeit unabhängigen Stadtwerke Trofaiach, wenn überhaupt, wieder erreicht wird.

Aus dem Trofaiacher Stadtrat

Bürozentrum in der Hauptstraße

Das gemeindeeigene Objekt Hauptstraße 67 soll zu einem modernen Bürozentrum werden. Eine WC-Anlage wurde errichtet, die Stiege erneuert und Büros saniert. Nun wird der Eingangsbereich um Gesamtkosten von 31.300 Euro verbessert. Das Areal um das Objekt Gößgrabenstraße 17 – Franz Jonas Hauptschule, Entspannungsoase und Mehrzweckhalle – wird neu gestaltet. Die Gesamtkosten werden 70.000 Euro betragen. Dafür notwendige Baudienst- und Planungsleistungen bis zu 5.250 Euro wurden bewilligt. Diese Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Impressum: Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitik, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 22 670, Fax 27 417. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz

Ein Ausverkauf!

Nun ist das traurige Ende im Ausverkaufsreigen unserer Gemeinde erreicht! Nach dem Verkauf der Gemeindewohnungen, des Altenheimes, unseres Hauptplatzes und großer Teile des Kehrwaldes, geht nun die Hälfte unserer Stadtwerke an die Gemeinde Judenburg. Zur Hälfte mit verkauft wird deren Immobilienbesitz: das Rathaus und die Aufbahrungshalle. Dabei sollte eines nicht vergessen werden: schon vor Jahren wurde der Gebührenhaushalt unserer Gemeinde – Wasser, Müllabfuhr und Kanal – an die Stadtwerke übertragen. Der Gebührenhaushalt ist so etwas wie das finanzielle Standbein einer Gemeinde. In Zukunft gehen auch hier von jedem verdienten Euro 49 Cent an Judenburg. Darüber schütteln nicht nur Bürgermeister anderer Gemeinden den Kopf, denn normalerweise machen das lediglich Gemeinden, denen das Wasser bis zum Hals steht. Die Trofaiacher SPÖ und Bürgermeister Abl wollen diesen Ausverkauf als großartige Kooperation verkaufen. Derartige Propaganda mag vielleicht bei einigen SPÖ-Funktionären auf fruchtbaren Boden fallen.

Mir ist nicht bekannt, daß unsere Stadtwerke im Gezug Eigentum der Judenburger Stadtwerke erwerben. Wir werden quasi zu einem Anhängsel der wirtschaftlich ungleich mächtigeren Judenburger. Das zeigt sich auch daran, daß der Geschäftsführer unserer teilverkauften Stadtwerke nun von Judenburg gestellt wird. Die traurige Wahrheit schaut anders aus. Was Generationen von Trofaiacher sozialdemokratischen Bürgermeistern über Jahrzehnte aufgebaut haben, haben Wagner und Abl in wenigen Jahren verschachert. Das Ergebnis kann sich leider nicht(!) sehen lassen. Obwohl das Familiensilber verkauft ist, fehlt unserer Gemeinde das Geld. Nicht zuletzt wegen der finanziellen Engpässe wurde dieser Ausverkauf getätigt. Da kann Bürgermeister Abl noch so oft das Gegenteil behaupten. Fakt ist: Vom Verkaufserlös von 2,5 Millionen Euro wandern 2 Millionen sofort in den Haushalt. Anders wären gewisse Projekte gar nicht mehr realisierbar. Einzig die KPÖ ist im Gemeinderat gegen diesen Ausverkauf aufgetreten. Während der Debatte habe ich darauf hingewiesen,

K O M M E N T A R



daß Finanzreferent Kastner (SPÖ) wegen der Beteiligung der Stadtwerke an seiner Privatfirma befangen sein müßte. Das Argument wurde von der SPÖ-Mehrheit vom Tisch gewischt. Claus Kastner verstieg sich sogar zur Behauptung, mir ginge es nur um meinen persönlichen Vorteil. Wer hier möglicherweise Vorteile hat, mögen andere beurteilen!

Gabi Leitenbauer
KPÖ-Vizebürgermeisterin

Lärmelästigung in der Langefelderstraße KPÖ stellt Dringlichkeitsantrag

Die durch den steigenden LKW-Verkehr lärm- und staubgeplagten Anrainerinnen und Anrainer der Langefelderstraße sind zusehends verzweifelt. Um endlich ihre berechtigten Anliegen auch seitens der Stadtgemeinde Trofaiach zu unterstützen, brachte die KPÖ in der Dezember-Sitzung des Gemeinderates einen Dringlichkeitsantrag ein. Darin fordert die KPÖ

die Entsendung einer Delegation aus Anrainerinnen und Anrainern und Vertretern des Gemeinderates zum zuständigen Landesrat, um den Standpunkt der Gemeinde gegenüber dem Land klar zu machen. Weiters soll die Gemeinde sich mit einer Resolution an das Land richten, in welcher die Aussetzung der Betriebsstättengenehmigung für die den vermehrten LKW-Verkehr verursachende Depo-

nie in Gai solange gefordert wird, bis es zu einer alternativen Zufahrtslösung kommt. Zusätzlich soll der Gemeinderat eine regelmäßig zusammentretende Arbeitsgruppe aus Anrainer- und Gemeindevetretern und einem Verkehrsplaner zur Erarbeitung von Lösungsvorschlägen installieren. Der Antrag wurde einstimmig zur weiteren Behandlung an den zuständigen Ausschuß verwiesen.

Aus dem Trofaiacher Gemeinderat – Sitzung vom 16. Dezember 2010

Stadtwerke zur Hälfte an Judenburg verkauft

Die Stadtwerke Judenburg AG – zu einhundert Prozent im Eigentum der Gemeinde Judenburg – übernehmen 49 Prozent der Stadtwerke Trofaiach zum Kaufpreis von 2,5 Millionen Euro. Damit einher geht die Übernahme von Immobilien, welche sich im Eigentum der Stadtwerke befinden: die Hälfte des Rathauses und der Aufbahrungshalle gehen an Judenburg. Einzig die KPÖ stimmte im Gemeinderat gegen diesen Ausverkauf.

KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer: „Heute haben wir das Ende der Fahnenstange erreicht. Nachdem in den letzten Jahren bereits die Gemeindeforderungen, das Altenheim, der Hauptplatz und große Teile des Kehrwaldes verkauft wurden, holt die SPÖ-Mehrheit heute zum letzten Schlag aus und verkauft auch noch die Hälfte unserer Stadtwerke.“ Gabi Leitenbauer kritisierte, daß es sich, entgegen der Behauptungen der SPÖ, dabei nicht um eine Kooperation handle, sondern um einen Ausverkauf. Leitenbauer: „Bei einer echten Kooperation hätten wir auch Anteile an den Stadtwerken Judenburg erwerben müssen. Wir erleben heute einen traurigen Tag. Alles was altvordere SPÖ-Bürgermeister in Generationen aufgebaut haben, das haben die SPÖ-Bürgermeister Wagner und Abl in wenigen Jahren verschachert.“ SPÖ-Fraktionsführer Peter Marschnig verteidigte den Verkauf. Dabei handle es sich nicht um eine Privatisierung, sondern sehr wohl

um eine strategische Partnerschaft. Marschnig bedankte sich ausdrücklich beim Stadtwerke-Betriebsrat für dessen Zustimmung zu dieser Entscheidung. Marschnig: „So können wir die Stadtwerke in eine gesicherte Zukunft führen.“ Scharfe Kritik an Gabi Leitenbauer übte Finanzreferent Claus Kastner (SPÖ).

SPÖ-Finanzreferent befangen?

Kastner unterstellte Leitenbauer, mit ihr könne man nicht konstruktiv zusammenarbeiten. Es gehe ihr immer nur um das Fangen von Wählerstimmen. Leitenbauer hatte Kastner in der Causa Stadtwerke-Verkauf Befangenheit vorgeworfen, da die Stadtwerke zu 20 Prozent an dessen Privatfirma beteiligt sind. KPÖ-Gemeinderat Jürgen Enser warf der SPÖ vor, die Bevölkerung bis zur Landtagswahl im Unklaren gelassen zu haben und erst jetzt die Katze aus dem Sack zu lassen. Enser: „Ich bezweifle, daß die Mehr-

heit der SPÖ-Wählerinnen und -Wähler die SPÖ dafür gewählt haben, damit diese von Wahlperiode zu Wahlperiode das kommunale Eigentum Stück für Stück verscherbelt.“ FPÖ und ÖVP stimmten dem Verkauf zu. Thomas Ecker (FPÖ) erinnerte daran, daß die Stadtwerke in den letzten Jahren 30 Beschäftigte abgebaut und trotz hoher Gebühren kaum Erträge an den Eigentümer abgeliefert hätten. „Unserer Meinung nach wurde in den vergangenen Jahren Mißwirtschaft betrieben. Ein Teilverkauf ist die letzte Chance.“ Wolfgang Schoberl (ÖVP) lobte die Judenburger Stadtwerke als „Vorzeigeunternehmen“. Allein könnten die Stadtwerke kaum existieren. Schoberl: „Es sind die Betriebsräte dafür, es ist Judenburg dafür. Die zahlen sogar noch etwas, was eigentlich unvorstellbar ist. Wir dürfen jetzt nicht Nein sagen.“ Bürgermeister Mario Abl (SPÖ): „Es geht nicht darum etwas zu versilbern, was Generationen aufgebaut haben, sondern es soll etwas zukunftsorientiert vergoldet werden.“ Die Stadtgemeinde Trofaiach wird folgende Personen in den Aufsichtsrat der Stadtwerke entsenden: Bürgermeister Mario Abl (SPÖ), den Trofaiacher Unternehmer Herbert Scherübel und den Grazer Unternehmensberater Peter Pilz. Als Vertreter in die Generalversammlung entsendet der Bürgermeiste Finanzstadtrat Claus Kastner (SPÖ).

Müllplatzes werde nach dem Winter fertiggestellt. Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP wurde der Gemeindevoranschlag für 2011 beschlossen. Der Abgang wurde auf 1,6 Millionen Euro reduziert. Der ordentliche Haushalt sieht Einnahmen von 17,4 Millionen Euro und Ausgaben von 19 Millionen Euro vor. Im außerordentlichen Haushalt werden 3,9 Millionen Euro bewegt. Bürgermeister Abl erinnerte daran, daß es im Rahmen eines umfassenden Budgetkonsolidierungspaketes gelungen sei eine finanzielle Kehrtwende einzuleiten. Wolfgang Schoberl (ÖVP) blieb in seiner Wortmeldung inhaltsleer: „Mit dem tollen Ergebnis der Stadtwerke-Judenburg Geschichte profitieren wir auch als Gemeinde. Alles Gute euch allen!“ Kritischer Thomas Ecker (FPÖ): „Die Finanzsituation der Gemeinde ist äußerst angespannt. Der riesige Abgang wurde durch Pachtvorauszahlungen von den Stadtwerken korrigiert. Das wird uns in Zukunft im Budget fehlen.“ Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer (KPÖ): „Die Trofaiacherinnen und Trofaiacher sind gespannt, wie die Vorschläge der kommenden Jahre erstellt werden. Dann werden die Erlöse aus dem Stadtwerke- und Verbena-Verkauf nicht mehr da sein.“ Neuerlich kritisierte Leitenbauer die 37.000 Euro sogenannter Schulungsgelder an politische Parteien. Leitenbauer: „Die Sozialhilfeverbandsumlage können viele Gemeinden nicht mehr zahlen, aber wenn es um die eigene Brieftasche geht, sitzt das Geld bei SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen offenbar immer noch locker. Wir fordern ein Einfrieren der Gelder auf dem Stand von 2005.“ Die KPÖ-Vizebürgermeisterin erinnerte daran, daß die KPÖ die seit 2005 angefallenen Erhöhungsbeträge als einzige Partei Jahr für Jahr zurückgezahlt habe.



KOSTENLOSE MIETERBERATUNG



Die KPÖ bietet Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

2.500 Euro für soziale Zwecke

Bürgermeister Abl berichtete von einer Spende der Theatergruppe Trofaiach in Höhe von 2.500 Euro für sozial bedürftige Personen. Im Bereich Auweg 19 und 21 wurde endlich die von der KPÖ seit langem geforderte Straßenbeleuchtung errichtet. Die Überdachung und Beleuchtung des nahen

MEINUNG

Genug ist Genug!

Genug ist genug! Jahrelang brausen nun schon schwere LKWs durch die enge Langfelderstraße nach Gimplach, ohne daß die zuständige Behörde oder die Gemeinde dagegen ernsthafte Schritte unternommen hätten. Die Anrainerinnen und Anrainer müssen Lärm, Gestank und Staub ertragen. Jetzt haben sie erkannt: nur wenn wir uns selbst wehren, kann sich etwas zum Positiven ändern. Ein erster Erfolg konnte erzielt werden, denn nun ist auch der Bürgermeister aufgewacht. Bei einem Anrainertreffen hat Bürgermeister Abl einen Bescheid aus dem Jahr 2008 vorgelegt, in dem geregelt ist, daß die Deponie in Gimplach lediglich mit maximal 60 LKW-Fahrten pro Tag beliefert werden darf. Tatsächlich belasten viel mehr LKW täglich die Anrainer. Nachdem bekannt wurde, daß die Deponie bis 2027 betrieben werden darf, brennt der Hut. Zumindest jetzt versprach der Bürgermeister, aktiv gegen diese Belastung vorgehen zu wollen. Für die Trofaiacher-ÖVP zählen offenbar nicht die geplagten Anrainer, sondern die Interessen der Wirtschaft. In einem jüngst erschienen Artikel in ihrer Gemeindezeitung liest man, daß es zur Lösung des Problems keine Polemik brauche. Für die Trofaiacher-ÖVP sind die Gewinne einiger Transportunternehmer offenbar wichtiger als die Gesundheit hunderter Gemeindegewinnenden

und -bürger. Der Artikel in der ÖVP-Zeitung plädiert nicht für weniger LKW-Fahrten, sondern für mehr. Nach dem Motto: je mehr Fahrten, umso schneller ist die Deponie gefüllt. Das Umlenken des Verkehrs in andere Deponien paßt ihr auch nicht. Große Umwege würden, so der ÖVP-Artikel, die Umwelt belasten und öffentliches Bauen verteuern. Gegenwehr der Anrainer löse das Problem ebenfalls nicht, sondern verlagere es nur woanders hin. So also vertreten die ÖVP-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte die Interessen ihrer Trofaiacher Wähler. Ich frage mich: was ist aus der Ankündigung des ÖVP-Spitzenkandidaten Wolfgang Schoberl vor der Wahl geworden, er werde eine starke und kritische Opposition gegen die SPÖ-Mehrheit sein? Die Praxis schaut anders aus: Schmeichelweich gegen die übermächtige SPÖ und kritisch gegenüber berechtigten Interessen der Trofaiacher Bürger. Einmal geht man seitens der ÖVP gegen unsere Gastwirte los und wirft ihnen vor nicht kochen zu können, das andere Mal sind es die Anrainer der Langfelderstraße, denen man empfiehlt, ihre Probleme nicht nach dem Florianiprinzip zu lösen. Kritisch ist Wolfgang Schoberl offenbar nur gegen die KPÖ. Ihr wirft er, wenn sie berechnete Interessen der Bevölkerung vertritt, Polemik vor.

Karl Russheim



KOMMENTAR

KPÖ läßt sich keinen Maulkorb umhängen

Seit der letzten Gemeinderatswahl sitzt die KPÖ mit Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer auch im Stadtrat. Bisher war die SPÖ in diesem Gremium unter sich. Die Sitzungen des Stadtrates sind nicht öffentlich. Selbstverständlich informieren wir seit unserem Einzug in dieses Gremium die Bevölkerung mit unseren Trofaiacher Nachrichten auch darüber, was hier beschlossen wird. Vertraulich zu behandeln sind lediglich Beschlüsse, die den Datenschutz betreffen. Das ist durch die Gemeindeordnung klar geregelt. In der jüngsten Sitzung des Gemeinderates hat sich der Fraktionsführer der ÖVP, Wolfgang Schoberl, dazu verstiegen, von Bürgermeister Abl rechtliche Schritte gegen Gabi Leitenbauer zu verlangen, weil sie mit ihren Informationen aus

den Stadtratssitzungen angeblich die Gesetze verletze. Bürgermeister Abl nahm das geworfene Hölzchen bereitwillig auf und kündigte eine Anzeige bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft an. Tatsächlich sieht die neue Gemeindeordnung nicht unempfindliche Geldstrafen bei der Verletzung der Vertraulichkeit vor. Allerdings ist genau definiert, was tatsächlich vertraulich ist. Wie auch immer: die KPÖ wird sich bei ihrem Bemühen, die Bevölkerung zu informieren, keinen Maulkorb umhängen lassen. Sollte es tatsächlich zu einer Verurteilung kommen, werden wir dieses Urteil bis zum Höchstgericht im Sinne des Rechtes auf Information bekämpfen. Einschüchtern lassen wir uns nicht!

Jürgen Enser
KPÖ-Gemeinderat



Für Judenburger Stadtwerke zählt nur der Gewinn

Ein kommunales Freibad kann niemals einen Gewinn abwerfen. Dient es doch in erster Linie dazu, allen Teilen der Bevölkerung ein erschwingliches Badevergnügen zu sichern. Da fallen dann zwangsweise Verluste an. Diese muß die Gemeinde aus ihrem Budget abdecken. Dazu hat sich die KPÖ immer be-

kannt! In Trofaiach gehörte das Freibad seit Jahren zu den Stadtwerken. Jetzt, wo Judenburger knapp die Hälfte unserer Stadtwerke übernommen hat, wurde das Freibad vorher noch schnell an die Gemeinde übertragen. Auch das zeigt: den Judenburgern geht es um den Gewinn, zahlen soll Trofaiach.